

Beschluss

Resolution

Ende der Gewalt in Tibet – Respekt der Menschenrechte

- 1 Bei der Vergabe der olympischen Spiele an China hat es das Versprechen von chinesischer Seite
2 gegeben, die Menschenrechtslage im Vorfeld der Spiele deutlich zu verbessern. Wörtlich
3 versprach der Vizepräsident des Pekinger Organisationskomitees, Wang Wei: „Die Olympischen
4 Spiele werden helfen, soziale, ökonomische und Menschenrechtsbedingungen weiter zu
5 verbessern“. Pekings Vizebürgermeister Liu Jingming kündigte „völlige Freiheit“ für die Presse
6 an. Auch das Internationale Olympische Komitee (IOC) hat bei der Vergabe der Spiele eine
7 Verbesserung der Menschenrechte angemahnt.
- 8 Nur in wenigen Bereichen sind in den letzten Monaten positive Entwicklungen zu verzeichnen.
9 So wurden Reformen für die Beschränkung der Todesstrafe sowie eine größere Transparenz in
10 deren Anwendung in die Wege geleitet. Nach wie vor wird sie aber für 70 Delikte, unter ihnen
11 auch minderschwere Verbrechen angewendet. Allein im Jahr 2006 wurden offiziell mehr als
12 tausend vollstreckt.
- 13 Trotz dieser zaghaften Verbesserungen, die wir ausdrücklich anerkennen, erlaubt das Regime
14 keine demokratischen Strukturen, und Rechtsstaatlichkeit existiert bisher nur in Ansätzen.
- 15 Menschenrechtsverstöße sind auf der Tagesordnung gerade auch gegen die tibetische
16 Bevölkerung, die muslimischen Uigurinnen und Uiguren der Provinz Xinjiang, die Falun Gong
17 Gemeinschaft, politische Dissidentinnen und Dissidenten sowie gegen Opposition unter der
18 Landbevölkerung und armen Arbeiterinnen und Arbeitern.
- 19 Die Zensur der Presse wurde für die Olympischen Spiele zwar gelockert. Diese Lockerung gilt
20 jedoch nur temporär und vorrangig für ausländische Pressevertreterinnen und -vertreter.
21 Obwohl ausländischen Journalistinnen und Journalisten gestattet ist, mit chinesischen
22 Gesprächspartnerinnen und -partnern frei zu sprechen, werden diese immer wieder nach den
23 Interviews drangsaliert oder verhaftet, wie zuletzt im Fall Hu Jia. Hu Jia, der 2007 vom
24 europäischen Parlament für den Sakharov-Preis nominiert wurde, ist im Januar nach einer
25 Videokonferenz mit dem europäischen Parlament festgenommen und am 03. April 2008 wegen
26 Aufruf zur Untergrabung der Staatsgewalt zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Erst
27 kürzlich wurden Journalistinnen und Journalisten aus Tibet ausgewiesen und durften bisher,
28 abgesehen von einer streng ausgewählten und überwachten Gruppe, nicht zurück.
- 29 Für die inländische Presse wurde die Zensur sogar verschärft. Das Internet wird stärker
30 überwacht als je zuvor.
- 31 Unliebsame Opponentinnen und Opponenten sollen unauffällig mit Hausarrest und
32 „Umerziehung durch Arbeit“ zum Schweigen gebracht werden, wie etwa der chinesische
33 Menschenrechtler Yang Chunlin, der am 25. März 2008 zu 5 Jahren Haft verurteilt wurde, weil
34 er eine Petition mit der Forderung "Wir wollen Menschenrechte und keine Olympischen Spiele"
35 verfasste.
- 36 Auch die Uigurinnen und Uiguren, insbesondere aus der Provinz Xinjiang, sind im Vorfeld der
37 Spiele besonderen Repressionen ausgesetzt. Schon seit einigen Jahren wird diese muslimische
38 Minderheit Chinas unter dem Vorwand des Separatismus und islamistischen Terrorismus

39 verfolgt. Tausende wurden verhaftet, eingekerkert und gefoltert. Die Ausübung des Islam ist
40 starken Beschränkungen ausgesetzt. Die Vorbereitung der Olympischen Spiele hat die
41 chinesische Regierung insbesondere in Xinjiang zum Anlass genommen, erneut mit
42 Kampagnen und Verhaftungen hart gegen Uigurinnen und Uiguren vorzugehen.

43 Beim Stadtumbau für die Olympischen Spiele, bei der Errichtung von Sportbauten, Straßen
44 und U-Bahn-Linien, kam es in Peking zu massenhaften Enteignungen und weiteren
45 Zwangsmaßnahmen. Chinesische Wanderarbeiterinnen und –arbeiter sind nach wie vor
46 weitgehend ungeschützt und rechtlos auf den olympischen Baustellen tätig. Viele Menschen
47 warten zudem noch immer auf eine Entschädigung für die Zerstörung ihrer Häuser, die den
48 Austragungsorten der olympischen Disziplinen Platz machen mussten. Einige von ihnen sind
49 weiterhin in Haft, weil sie gegen diese Maßnahmen protestiert hatten, die auch gegen die
50 Prinzipien der Charta des Internationalen Olympischen Komitees verstoßen.

51 Angesichts dieser zahlreichen Menschenrechtsverletzungen bilanzieren
52 Menschenrechtsorganisationen übereinstimmend, dass die Olympiavorbereitung von der
53 Regierung nicht als Katalysator für mehr Freiheit und mehr Rechte genutzt wird. Von einem
54 "Pekinger Frühling" durch die Olympischen Spiele kann leider nicht einmal in Ansätzen
55 gesprochen werden. Dabei stehen Menschenrechtsverletzungen im eklatanten Widerspruch
56 zum Geist von Olympia und können nicht ignoriert werden.

57 **Beredtes Schweigen des IOC**

58 Der Umgang des IOC mit den Menschenrechtsverletzungen ist völlig inakzeptabel. Aus
59 anfänglichem totalem Schweigen ist mittlerweile zumindest ein leises Flüstern der Kritik
60 geworden. Nötig ist aber eine laute und deutliche Positionierung gegen die Gewalt in Tibet
61 und in den angrenzenden chinesischen Provinzen. China hat mit seinem Vorgehen in Tibet
62 die olympische Idee diskreditiert.

63 Weil nicht absehbar ist, wie sich die Lage in China weiter entwickelt, sind Bündnis 90/Die
64 Grünen der Meinung, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Maßnahme des Protestes endgültig
65 ausgeschlossen werden kann. Einen Boykott von vorneherein ganz auszuschließen, wie es die
66 Bundesregierung und der DOSB bereits getan haben, stellt deshalb der chinesischen
67 Regierung einen Freibrief für die Fortsetzung der Menschenrechtsverletzungen aus.

68 **Viele Möglichkeiten zwischen Schweigen und Boykott**

69 Zwischen Schweigen und Boykott gibt es viele Möglichkeiten, den Protest gegen die
70 Menschenrechtssituation in China zum Ausdruck zu bringen und Druck auf die chinesische
71 Regierung auszuüben, ohne die politische Auseinandersetzung einfach auf die Olympia-
72 Boykott-Frage zu verkürzen. Von einigen Sportlerinnen und Sportlern gab es bereits Signale,
73 dass von ihnen über geeignete Formen des Protests, wie z.B. T-Shirt, Fahnen etc.
74 nachgedacht wird. Dies begrüßen wir sehr.

75 Allerdings dürfen die Verantwortlichen in IOC und Deutschem Olympischem Sportbund
76 (DOSB) nicht die Verantwortung auf die einzelnen Sportlerinnen und Sportler abschieben, die
77 solche individuellen Aktionen planen.

78 Es muss eine entsprechende Unterstützung der Sportverbände geben. Und es muss
79 sichergestellt sein, dass Sportlerinnen und Sportler bei Protestäußerungen keine Nachteile zu
80 erwarten haben.

81 Nicht nur Regierungen, Parteien und Nichtregierungsorganisationen sind verantwortlich für
82 den Respekt und die Einhaltung der Menschenrechte, sondern auch die Wirtschaft hat sich

83 dazu im Rahmen der Vereinten Nationen, unter anderem im global compact verpflichtet.
84 Daher sind nicht zuletzt die Sponsoren der Olympischen Spiele gefordert, ihrer
85 Verantwortung gerecht zu werden.

86 Die Hauptverantwortung bleibt selbstverständlich bei der Politik.

87 Wichtig ist, dass die Bundesregierung zusammen mit den Partnerländern an der Ein-China-
88 Politik festhält und bei den Menschenrechten dauerhaft engagiert bleibt. Dialog wie Druck
89 kann dazu beitragen, auch über die Olympischen Spiele hinaus eine Verbesserung bei der
90 Menschenrechtslage zu erreichen. Die Bundesregierung ist gefordert, China mit allem
91 Nachdruck daran zu erinnern und zu verdeutlichen, dass eine Öffnung des Landes, verstärkte
92 Bemühungen in der Schaffung einer Rechtstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte
93 Maßstäbe sind, an denen China als wichtiger global player mit stetig wachsender Bedeutung
94 in Zukunft international gemessen werden wird.

95 **„Pekinger Frühling“ nicht in Sicht**

96 Die Olympischen Spiele hatten und haben immer eine politische Komponente. Sie waren und
97 sind mit dem Anspruch verbunden, friedliche und faire Sportwettkämpfe jenseits
98 nationalistischer und rassistischer Ressentiments zu sein. Auch wenn es in der Geschichte
99 immer wieder einen Missbrauch der olympischen Idee gab, bleiben dies die grundlegenden
100 Werte, an denen auch die Spiele in Peking gemessen werden. Dieser Anspruch darf jetzt nicht
101 mit der Behauptung abgetan werden, der Sport wäre hier überfordert.

102 Hinter solch verhaltenen Aussagen stecken offensichtlich auch knallharte
103 Wirtschaftsinteressen. Sie dürfen aber nicht über Menschenrechtsfragen entscheiden.

104 Schon jetzt droht die Pekinger Propaganda die öffentlichen Botschaften der Sportverbände zu
105 dominieren. Diese laufen Gefahr, Hauptdarsteller einer Farce zu werden, wenn sie nicht
106 schnell eine klare Haltung gegenüber den Menschenrechtsverletzungen einnehmen.

107 **Für Gewaltfreiheit in Tibet**

108 Die Bezeichnung des Dalai Lamas als „Wolf in Mönchskutte“ und „Lügner“ durch
109 chinesische Staatsmedien ist unerträglich. Der Dalai Lama hat sich klar zur Gewaltfreiheit
110 bekannt, bis hin zu seiner Rücktrittsdrohung bei einer Zuspitzung der Gewalt durch die
111 Tibeter. Tibetische Autonomie innerhalb Chinas ist eine legitime Forderung. Bündnis 90/Die
112 Grünen weisen daher die Angriffe der chinesischen Propaganda auf den Dalai Lama zurück.
113 Vielmehr liegt die maßgebliche Verantwortung für die Unruhen bei der chinesischen
114 Regierung, die seit Jahren die tibetische Kultur und Religion mit Gewalt und
115 Sinisierungskampagnen unterdrückt.

116 Wir fordern:

- 117 1. die Bundesregierung auf, ihre Möglichkeiten des Dialogs, aber auch Druck zu nutzen,
118 damit China das gewaltsame Vorgehen in Tibet und den angrenzenden Provinzen
119 beendet und in einen konstruktiven Dialog mit dem Dalai Lama über die Autonomie
120 Tibets und eine gewaltlose Lösung des Konfliktes eintritt,
- 121 2. die Bundesregierung auf, den Lagebericht zu China hinsichtlich der neuen
122 Entwicklungen anzupassen und so einen verbesserten Abschiebeschutz für
123 Asylbewerberinnen und –bewerber aus Tibet zu gewähren,
- 124 3. die chinesische Regierung auf, Beobachter und Beobachterinnen der Vereinten
125 Nationen in Tibet zuzulassen und die Einreise unabhängiger Journalistinnen und
126 Journalisten zu erlauben und deren Arbeit nicht zu behindern,

- 127 4. die chinesische Regierung auf, die im Vorfeld der Olympischen Spiele inhaftierten oder
128 unter Hausarrest gesetzten Dissidentinnen und Dissidenten unverzüglich freizulassen
129 und deren gewaltfreien Einsatz für ein demokratisches China auch via Internet nicht
130 weiter einzuschränken,
131 5. die chinesische Regierung auf, die Repressionen gegen die Uigurinnen und Uiguren in
132 Xinjiang und den angrenzenden Regionen sowie gewalttätige Kampagnen und
133 willkürliche Verhaftungen im Vorfeld der Olympischen Spiele umgehend einzustellen,
134 6. die chinesische Regierung auf, ihre Zusagen bei der Wahl in den Menschenrechtsrat
135 der Vereinten Nationen einzuhalten, insbesondere die überfällige Ratifizierung des
136 Zivilpaktes, und die Mindeststandards des Paktes in der Volksrepublik China für alle
137 Bürgerinnen und Bürger zu garantieren,
138 7. den Deutschen Olympischen Sportbund auf, mit Unterstützung von ExpertInnen,
139 Nichtregierungsorganisationen und Abgeordneten mit allen deutschen
140 TeilnehmerInnen der Olympischen Spiele in einen Dialog zu treten, um sie mit der
141 besonderen politischen Situation im Land vertraut zu machen und diese gemeinsam im
142 Vorfeld zu diskutieren,
143 8. das Internationale Olympische Komitee und den Deutschen Olympischen Sportbund
144 auf, sich laut und deutlich gegenüber China für eine Ende der Gewalt in Tibet und die
145 Einhaltung der menschenrechtlichen Versprechungen einzusetzen. Die
146 Sportorganisationen sollten China immer wieder an seine Zusagen erinnern, die
147 Menschenrechtssituation im Vorfeld der Olympischen Spiele und darüber hinaus deutlich
148 zu verbessern und die freie Berichterstattung über die Spiele und das Land
149 bedingungslos zuzulassen,
150 9. das IOC und den DOSB darüber hinaus auf, die Einhaltung der Charta des
151 Internationalen Olympischen Komitees gegenüber der chinesischen Regierung
152 einzufordern, auch in Bezug auf den Umgang mit verhafteten Hausbesitzern, die
153 gegen die Zerstörung ihrer Häuser im Zuge der olympischen Baumaßnahmen
154 protestiert hatten,
155 10. alle Beteiligten, insbesondere die Sportorganisationen (IOC, DOSB) auf, keine Mittel
156 des Protestes zum jetzigen Zeitpunkt endgültig auszuschließen, um den Druck auf
157 China nicht zu vermindern,
158 11. das IOC auf, seine Charta anzupassen, um Sportlerinnen und Sportler, die sich im
159 Vorfeld und während der Spiele zu einer Protestaktion entschließen, nicht zu
160 sanktionieren,
161 12. die deutschen Fernsehanstalten auf, kritisch und umfassend über die olympischen
162 Spiele und die Situation in China zu berichten. Eventuelle Eingriffe in die Pressefreiheit
163 durch Verzögerung und Bildzensur dürfen die Fernsehanstalten nicht zulassen. Wir
164 begrüßen die französischen Pläne die Berichterstattung bei Zensur einzustellen.
165 13. die Sponsoren der Olympischen Spiele, insbesondere die deutschen Hauptsponsoren
166 VW und Adidas auf, ihr Engagement zu überdenken und zu einer Verbesserung der
167 Menschenrechtssituation beizutragen.
168

169

170

171